Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 27. November 2020 bis 14. Jänner 2021[14]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
1. Jänner 2021	Rat	Portugal übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft von Deutschland Die nächsten sechs Monate der portugiesischen Ratspräsidentschaft stehen unter dem Motto: „Time to deliver: a fair, green and digital recovery“. Die Schwerpunkte der Präsidentschaft umfassen die Bewältigung der Corona-Krise, den Wiederaufbau der Wirtschaft, die Stärkung der Widerstandsfähigkeit Europas, den Ausbau des Europäischen Sozialmodels, die Umsetzung des „green deals“, die Unterstützung der digitalen Transformation, die Beschleunigung und die Stärkung eines offenen Europas in einem globalen Umfeld. Im wirtschaftspolitischen Fokus stehen die Implementierung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 und die Umsetzung des Instruments „Next Generation EU“.
30. Dezember 2020	EK/Rat	Unterzeichnung des Handels- und Kooperationsabkommen zwischen dem Vereinten Königreich (VK) und der EU Das über 1.400-seitige Abkommen regelt die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen VK und der EU ab dem 1. Januar 2021 und bildet eine Grundlage für weitere mögliche Zusatzabkommen, insbesondere im Bereich der Finanzdienstleistungen. Die Anwendung des Abkommens tritt ab 1. Jänner 2021 provisorisch in Kraft.
18. Dezember 2020	EK	EK begrüßt politische Einigung über Aufbau- und Resilienzfazilität Die Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) ist das wichtigste Element des Instruments „Next Generation EU“ und sieht 312,5 Mrd EUR an Zuschüssen und 360 Mrd EUR an rückzahlbaren Darlehen im Zeitraum 2021-2023 vor. Ziel ist die Unterstützung der Implementierung kohärenter Reform- und Investitionspakete der Mitgliedstaaten bis spätestens 2026. Der Abruf der Mittel erfolgt durch die Einreichung nationaler Aufbau- und Resilienzpläne im Zeitraum 1.Jänner 2021 bis spätestens 30.April 2021. Die Pläne sollen die grüne und digitale Transformation unterstützen und die länderspezifischen Empfehlungen umsetzen.

[14] Autorinnen: Sylvia Gloggnitzer, Harald Grech (Abteilung für Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

11. Dezember 2020	Eurogipfel	Reform des ESM-Vertrags Alle 27 Staats- und Regierungschefs begrüßen die in der Eurogruppe vom 30. November erzielte politische Einigung über die Reform des ESM-Vertrags. Mit der Reform wird unter anderem eine gemeinsame Letztsicherung für den einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF) in Form einer Kreditlinie des ESM eingerichtet. Sie soll bereits Anfang 2022 eingeführt werden, also zwei Jahre vor dem ursprünglich geplanten Zeitpunkt. Die ESM-Reform soll für eine verbesserte Bankenabwicklung und bessere Vorbereitung auf Krisen sorgen und so insgesamt die Resilienz der WWU stärken.
10. Dezember 2020	ER	Einigung auf den Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 Die Staats- und Regierungschefs der EU-27 einigen sich auf das historisch größte Finanzpaket mit 1.074 Mrd EUR für den nächsten Mehrjährigen EU-Finanzrahmen und 750 Mrd. EUR für den Wiederaufbaufonds „Next Generation EU". Der ER einigt sich insbesondere auf die Anwendung des Verordnungsentwurfs über eine allgemeine Konditionalitätsregelung (Rechtsstaatlichkeit) zum Schutz des EU-Budgets. Auf Basis einer Lösung zum Rechtsstaatlichkeitsprinzip können nun auch Ungarn und Polen ihre Zustimmung geben. Ernennung von Frank Elderson als Mitglied des EZB Direktoriums Frank Elderson wird für eine nicht verlängerbare Amtszeit von acht Jahren ernannt, der Amtsantritt erfolgt am 15. Dezember 2020. Er ersetzt das ausscheidende Mitglied Yves Mersch, dessen Amtszeit am 14. Dezember 2020 abgelaufen ist.
10. Dezember 2020	EZB Rat	Verlängerung der Eurosystem Repo Facility for Central Banks (EUREP) sowie alle befristeten Swap- und Repo-Linien Angesichts der wirtschaftlichen Folgen des Wiederauflebens der Pandemie beschließt der EZB-Rat die Verlängerung der EUREP, sowie aller befristeten Swap- und Repo-Linien mit Zentralbanken außerhalb des Euroraums bis März 2022.
3. Dezember 2020	EK	EU-USA: Eine neue transatlantische Agenda für den globalen Wandel Im Anschluss an die US-Wahlen veröffentlicht die EK einen Vorschlag für eine neue, zukunftsorientierte transatlantische Agenda für globale Zusammenarbeit. Der EK-Vorschlag ist nach übergeordneten Grundsätzen ausgerichtet: Stärkung multilateraler Maßnahmen und Institutionen, Verfolgung gemeinsamer Interessen, Nutzung kollektiver Stärke und Suche nach Lösungen, bei denen gemeinsamen Werten Rechnung getragen wird. Dieser EK-Vorschlag ist ein erster Schritt zur Wiederbelebung der transatlantischen Beziehungen zwischen der EU und der USA, um globalen Herausforderungen gemeinsam entgegnen zu können.
1. Dezember	ECOFIN Rat	Stärkung der Bankenunion

2020		Die Ministerinnen und Minister verabschieden einen Fortschrittsbericht zur Stärkung der Bankenunion. Die thematischen Schwerpunkte beziehen sich auf Maßnahmen zur Verbesserung des Krisenmanagements im Bankensektor, stärkere Integration des EU-Bankensektors und Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland, die regulatorische Behandlung von Staatsanleihen und Konzeptionsmerkmale eines europäischen Einlagenversicherungssystems (EDIS). Aktionsplan der Kommission für die Kapitalmarktunion Der neue Aktionsplan für die Kapitalmarktunion soll einen Beitrag zur Erholung der EU-Wirtschaft von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie leisten, zur Umsetzung des EU-Green Deals, zur digitalen Transformation und der Bewältigung sozialer Herausforderungen. Ziel der Kapitalmarktunionsinitiative, die von allen EU-Institutionen vorangetrieben wird, ist der Aufbau eines Einheitlichen Europäischen Kapitalmarktes durch eine mitgliedsstaatsübergreifende Verbesserung des Investitionsumfeldes und den Zugang zu Finanzmitteln im Wege des Kapitalmarktes. Europäisches Semester 2021: Frühwarnbericht Im Rahmen des jährlichen Verfahrens des „Europäischen Semesters" zur Überwachung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten legt die EK den Frühwarnbericht vor, der das jährliche Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht einleitet. Die COVID-19-Pandemie hat auch hier maßgeblichen Einfluss. Insbesondere die mögliche geringere Schuldentragfähigkeit sorgt für ein höheres Risiko. Die EK wird daher jene 12 Mitgliedstaaten (d.s. HR, FR, DE, IE, NL, PT, RO, ES, SE, CY, EL und IT), in denen bereits makroökonomische Ungleichgewichte festgestellt wurden, einer erneuten Tiefenanalyse (IDR) unterziehen. Österreich wird weiterhin als unproblematisch betrachtet.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

01. Jänner 2021	IWF	Mit Wirkung von 1. Jänner 2021 tritt die bereits am 16.Jänner 2020 vom IWF Exekutivdirektorium beschlossene Verdopplung des Volumens der Neuen Kreditvereinbarungen *(New Arrangements to Borrow, NAB)* aufgrund der rechtzeitigen Zustimmung der am NAB teilnehmenden Länder wie geplant in Kraft. Die neue NAB-Periode wird für den Zeitraum von 1. Jänner 2021 bis 31. Dezember 2025 festgelegt. Die Gesamthöhe der seitens der 38 NAB-Teilnehmerländer zugesagten Kreditbeträge beträgt nunmehr rd. 361 Mrd SZR. Österreich nimmt an dieser NAB-Reform teil, und die OeNB wird mit Bundesgesetz (BGBl. Nr. 137/2020 vom 22. Dezember 2020) ermächtigt, im Namen der Republik Österreich dem IWF im

		Rahmen der NAB einen Kreditrahmen von max. 3,63698 Mrd SZR einzuräumen. Weiters tritt am 1.Jänner 2021 der neue bilaterale Kreditvertrag Österreichs mit dem IWF in Kraft, mit einer Laufzeit bis Jahresende 2023 bzw. mit einmaliger Verlängerungsmöglichkeit bis Jahresende 2024, welcher zunächst über einen Betrag von 6,13 Mrd EUR abgeschlossen wurde. Da zeitgleich die Verdoppelung der österreichischen NAB-Kreditvereinbarung mit dem IWF in Kraft tritt, kommt für das bilaterale Darlehen bereits mit diesem Datum der vertraglich vorgesehene reduzierte Kreditrahmenbetrag in Höhe von 2,641 Mrd EUR zur Anwendung (sogenannter *roll-back*).
17. Dezember 2021	IWF	Mit Wirkung per 18. Jänner 2021 übernimmt die schwedische Finanzministerin, Magdalena Andersson, den Vorsitz des *International Monetary and Financial Committee (IMFC)*. Frau Andersson folgt in dieser Funktion Herrn Kganyago, Gouverneur der südafrikanischen Notenbank nach, der den *IMFC*-Vorsitz in den vergangenen zwei Jahren geführt hat.